



Medienmitteilung vom 15. Mai 2009

01.71/FW/MJ

Die Schweizerische Gesundheitsdirektorenkonferenz setzt sich für tragfähige Lösungen bei der Finanzierung der Gesundheitsversorgung ein.

Die von Staatsrat Pierre-Yves Maillard (VD) präsidierte Schweizerische Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) führte ihre Jahrestagung in Luzern durch.

Im Zentrum der Diskussion standen die dringlichen Massnahmen des Bundesrates in der Krankenversicherung. Die GDK ist über den zu befürchtenden Prämien Schub, aber auch über die langfristige Kostenentwicklung im Gesundheitswesen besorgt. Wichtig ist die Eindämmung der Kostenentwicklung und die Konzertierung zwischen den Bundes- und den kantonalen Behörden. Gemäss den kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren dürften die vorgeschlagenen Massnahmen nur teilweise geeignet sein, den Prämien Schub zu verringern. Die Mitglieder der GDK signalisieren Bereitschaft, im Bereich der ambulanten Leistungen im Spital Verantwortung zu übernehmen. Sie betonen aber, dass die Kompetenz und das Ermessen, in Angebot und Preise des ambulanten Spitalangebots steuernd einzugreifen, bei den Kantonen liegen soll. In Bezug auf die vorgeschlagene Behandlungsgebühr ist die GDK der Meinung, dass mit einem neuen Steuerungsinstrument unnötige Arztbesuche eingeschränkt werden sollen. Die Wirksamkeit der vorgeschlagenen Behandlungsgebühr wurde indes unterschiedlich beurteilt. Zweckmässigkeit und Steuerungswirkung sowie Differenzierungsmöglichkeiten müssten noch vertieft beurteilt werden. Daher muss eine solche Massnahme im Kontext mit der Vorlage Managed Care und Kostenbeteiligung betrachtet werden. Die GDK verlangt, ihre Vorschläge zur integrierten Versorgung zügig umzusetzen und der Jagd der Krankenkassen nach „guten Risiken“ mit griffigen Massnahmen einen Riegel zu schieben. Insbesondere sind Dumping-Angebote von Billigkassen auszuräumen. Lösgelöst von dringlichen Massnahmen braucht aber auch eine Grundsatzdiskussion, wie einem ausufernden Angebot langfristig entgewirkt werden kann.

GDK-Vizepräsident Carlo Conti informierte als Präsident der SwissDRG AG über den Stand der Vorbereitung der Einführung einheitlicher Fallpauschalen an Schweizer Spitalern, die für 2012 geplant ist. Der Vorstand verabschiedete Empfehlungen zur künftigen Spitalplanung der Kantone unter den neuen gesetzlichen Bestimmungen.

Zum Nachfolger von Thomas Burgener im Vorstand wählte die Plenarversammlung Minister Philippe Receveur (Jura).

Auskünfte ab 14.30 Uhr:

Staatsrat Pierre-Yves Maillard, Präsident GDK (021 316 50 00)
Regierungsrat Dr. Carlo Conti, Vize-Präsident GDK (061 267 95 23)
Michael Jordi, stv. Zentralsekretär GDK (031 356 20 20 / 079 702 20 90)